

scher Zielsetzung tausendfach definiert oder missbraucht worden“, so betont eine Zusammenfassung der Diskussionen bereits im Jahre 1984 (*Bayaz; Weber* 1984, S. 158 f.). Das Spektrum der Definitionen reicht dabei von Integration als Assimilation bis hin zur Integration als gleichberechtigte Teilhabe Zugewanderter an den Sphären der Aufnahmegesellschaft unter Beibehaltung und Akzeptanz von (kulturellen) Eigenheiten.

Die faktische Einwanderungsrealität wurde im politischen Geschehen der Bundesrepublik Deutschland jahrelang tabuisiert. Die konzeptionelle Ausarbeitung und systematische Förderung der (nicht nur sprachlichen) Integration von Migrantinnen und Migranten erfuhr infolgedessen auch kaum die Aufmerksamkeit, die von Fachleuten gefordert wurde. Das änderte sich erst, als Bundespräsident *Johannes Rau* in seiner Berliner Rede im Mai 2000 forderte, Integrationsförderung umfassend zu konzeptionieren und als Querschnittsaufgabe für viele Politikfelder zu begreifen. Die Unabhängige Kommission „Zuwanderung“ griff dann die Aspekte auf, welche einen gesellschaftlichen Konsens widerspiegeln. Integration ist „ein Prozess, zu dessen Gelingen Aufnahme- und Zuwanderungsgesellschaft wechselseitig beitragen. Die Bereitschaft zum Erwerb deutscher Sprachkenntnisse sowie die Anerkennung des Grundgesetzes, seiner Werte und unserer Rechtsordnung sind notwendige Bedingungen für die Integration... Als politische Aufgabe zielt Integration darauf ab, Zuwanderern eine gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Leben unter Respektierung kultureller Vielfalt zu ermöglichen... Die Aufnahmegesellschaft ist vornehmlich gefordert, Zuwanderern einen gleichberechtigten Zugang zu allen Positionen am Arbeitsmarkt und dem Bildungssystem zu ermöglichen...“ (*Unabhängige Kommission „Zuwanderung“* 2001, S. 201).

Das erste umfassende Gesetz zur Regelung von Zuwanderung und Integration für die Bundesrepublik Deutschland trat am 1. Januar 2005 in Kraft. Darin ist die Förderung der Integration aller Gruppen von Migrantinnen und Migranten mit dauerhafter Aufenthaltsperspektive durch die Integrationskurse erstmalig als eine Aufgabe des Bundes definiert, im so genannten Integrationsprogramm konzipiert und geregelt worden. Verschiedene Gruppen von Migrantinnen und Migranten erhalten dadurch einen Rechtsanspruch beziehungsweise eine aufenthaltsrechtlich sanktionierte Verpflichtung zur Teilnahme an den Integrations- beziehungsweise Sprachkursen. Um den Rahmen nicht zu sprengen, wird hier von

Anfang August 2006. Just zu der Zeit, da sich in München über tausend Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter zu ihrem Weltkongress versammeln, erhalten sie für ihre Mission eine argumentative Schützenhilfe problematischer Art: Medien berichten, dass die radikal-islamische Bewegung der *Hisbollah*, die vom Libanon aus mit Bomben und Raketen Tod und Zerstörung nach Israel trägt, in der libanesischen Bevölkerung von großer Sympathie getragen wird. Und dies nicht allein wegen der teils unverantwortlichen Art der Kriegsführung durch Israel (Streubomben), sondern vor allem wegen ihres starken sozialen Engagements zu Gunsten Bedürftiger.

Natürlich ist es zynisch und absurd, wenn diese radikalen Gewalttäter mit Wiederaufbauhilfen „glänzen“, die sie selbst erst nötig machen, indem sie mit kaltem Kalkül ihre Angriffe aus Wohngebieten heraus starten. Doch bei diesem Hinweis dürfen es hoch entwickelte Staaten wie Israel oder die EU-Länder nicht belassen. Das Beispiel der *Hisbollah* ist ja kein Einzelfall. Auch die in Palästina an die Macht gewählte *Hamas*-Bewegung mit ihrer gewalttätigen Vergangenheit oder der iranische Präsident *Machmud Ahmadinedschad*, der die Vernichtung Israels fordert, profilieren sich bei ihrer Bevölkerung als soziale Wohltäter. Davon sind – so sehr der Vergleich auch hinkt – unsere vom „Sieg“ über den Staatskommunismus, dem Druck der Globalisierung und dem Mainstream des Neoliberalismus getriebenen Volkswirtschaften weit entfernt. Dabei mangelt es auch ihnen wahrlich nicht an sozialen Herausforderungen, so etwa der neuen Armut von Millionen Kindern, den miserablen Zukunftschancen der Jugendlichen aus Migrantenfamilien, den bizarren Flüchtlingsdramen an den Küsten kanarischer Urlaubsparadiese oder den skandalösen Zuständen in palästinensischen Flüchtlingslagern.

Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter haben allen Grund, selbstbewusst die Lösung dieser Probleme einzufordern und anzugehen. Wir alle sind es unserem freiheitlichen Gesellschaftsideal schuldig, uns nicht von Menschen verachtenden Radikalen in puncto sozialem Engagement vorführen zu lassen.

Burkhard Wilke
wilke@dzi.de